

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abgangspreis: Einzelnummer 100.- M., Durch Abnehmer 500.- M., pro Woche: Durch die Post 900.- M., pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 250.- M. an die Produktions-Gesellschaft, Abzählungskonten: 11 Uhr nachm. - Postfachkonto: Nr. 21088, - Fernsprech-Anschluss: Ring 8837.

Donnerstag, 8. März 1923.

Abgangspreis: Die 9 gefaltete DK-Meterzeile oben deren Raum 60.- M., Stellen- und Wohnungsgelegenheit, Familiennachrichten, Vereins- und Beiratsmitteilungen 15.- M., kleine Anzeigen per Wort 1.- M., je Zeile 200 Mal, Kleinanzeigen: Die DK-Meterzeile 8 gefaltete oben deren Raum im Wert 150.- M.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte zur internationalen Konferenz gegen die Ruhrbesetzung.

An die Betriebsräte Deutschlands! An die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter!

Kollegen!

Die Invasion des französischen Imperialismus bedroht die Existenz des gesamten deutschen Proletariats auf das schwerste. Die deutsche Kapitalistenklasse heuchelt Kampf gegen den französischen Imperialismus, während ihre Unterhändler mit den Geschäftsträgern des französischen Kapitalismus am Verhandlungstische sitzen. Die Verschönerung der Fabrikgeheimnisse durch die Anilin Könige zeigt dem deutschen Proletariat ganz deutlich, wie verlogen die nationalstille und chauvinistische Hege der deutschen Bourgeoisie ist. Diese nationalstille Propaganda dient einzig dem Zwecke, die Proletarier Deutschlands gegen die französische und belgische Arbeitererschaft mobil zu machen. Genau wie im Weltkriege soll auf Kosten des internationalen Proletariats das Schachergeschäft der Kapitalisten beeinflusst werden.

Die Ruhrabwärts haben diesen feinen Plan erkannt und gaben durch ihre Betriebsräte an die Ausbeuter diesseits und jenseits der Grenze die gebührende Antwort. Der 23er Ausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte berief zum Kampfe gegen das Blutgesicht des internationalen Kapitals die internationalen Arbeiterorganisationen und Verbände zum 17. März 1923 zu einer

Internationalen Konferenz.

Die Einladung zu dieser Konferenz erging an folgende Organisationen:

- 1. An die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften und an die kommunistischen Parteien und Gewerkschaften Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands
2. An die Amsterdamer Internationale
3. An die Rote Gewerkschaftsinternationale
4. An die 2. und 3. Internationale
5. An die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Deutschlands
6. An den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte
7. An das Aktionskomitee der kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands

Diese Einladung wurde den Organisationen durch eingeschickten Brief am 9. Februar übermittelt. Bis zum heutigen Tage (5. März) wurde die Einladung mit Zustimmung und Folgeleistung von folgenden Organisationen beantwortet:

- 1. Rote Gewerkschafts-Internationale
2. III. (kommunistische) Internationale
3. Der kommunistischen Parteien in Frankreich, England, Belgien, Italien, Tschechoslowakei, Polen und Deutschland
4. Der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige sozialdemokratische Partei Polens und die Sozialdemokratischen Parteien der baltischen Randstaaten
5. Das Aktionskomitee der kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands
6. Die Gewerkschaft der Bergleute von Yorkshire (England), die Döder und Metallarbeiter Englands, die Roten Gewerkschaften Frankreichs, die revolutionären Gewerkschaften der Tschechoslowakei, die polnische Gewerkschaftsopposition, die italienischen oppositionellen Gewerkschaftsfraktionen
7. Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte

Dagegen hat die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, die 2. Internationale und die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Frankreich, England, Belgien und Deutschland bis jetzt keinerlei direkte Antwort gegeben. Soweit Notizen und Artikel, Konferenzen und Versammlungen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, der 2. I. und des AOSB zur Beurteilung der Stellungnahme dieser Organisationen maßgebend sind, beabsichtigen diese Organisationen sich nicht an dieser Konferenz zu beteiligen.

Die BSPD. und der AOSB. haben sich bereits durch Beteiligung an dem Korruptionsfonds zur nationalstille Verheerung der Ruhr begeben, selbstelegiert. Die deutschen Gewerkschaften und die deutsche sozialdemokratische Partei glauben in der Einheitsfront mit der deutschen Bourgeoisie den Stoß des französischen Imperialismus zu barieren. Das ist der gleiche verbrecherische Wahn, dem diese Organisationsleitungen durch die Bürgfriedenspolitik während des Krieges und durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Regierungsabstimmung mit den bürgerlichen Parteien in der Nachkriegszeit verfallen sind. Diese Organisationsleitungen leben bis zur Stunde noch jede Gemeinsamkeit mit dem klassenbewußten Proletariat in allen Ländern ab.

Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale hat vor der Ruhrbesetzung beschlossen, alle kriegerischen Maßnahmen und drohende Kriegsgefahren, von welcher Seite sie auch geländen, mit dem Generallstreik

zu beantworten. Die Ruhrbesetzung war selbst nach Ansicht des Generalsekretärs der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, des Kollegen Edo Jimmen, eine solche kriegerische Maßnahme, die nach Beschluß der AOSB mit der Proklamation des Generallstreiks hätte beantwortet werden müssen. (Bericht des „Vorwärts“ vom 17. Februar über die Rede Jimmens vor der Berliner Gewerkschaftskommission). Die Amsterdamer Internationale, die die überwältigende Mehrheit des westeuropäischen Proletariats in ihren Reihen organisiert hat, hat aber noch nicht einmal den Versuch der Organisation und der Propaganda des Generallstreiks unternommen. Das bedeutet

die vollständige Sabotage des Abwehrkampfes des internationalen Proletariats gegen die Offensive des internationalen Kapitals.

Mögen auch Millionen von Arbeitern und Arbeiterfamilien zu Grunde gehen, mögen auch Arbeitslosigkeit, Not und Elend Euch zur Verzweiflung treiben, mögen sich abermals Millionen von Proletariern auf dem Schlachtfeldern im Interesse des Kapitals zerfleischen, diese Arbeiterführer rührt das nicht. Die Hauptsache bleibt ihnen die Einheitsfront mit dem Kapital, Arbeiter, Klassengenossen!

Wollt Ihr das dulden? Wollt Ihr immer noch ruhig zusehen, wie die von Euch bestimmten Führer die Klasseninteressen des Proletariats preisgeben?

Nein, Kollegen, das könnt Ihr, das dürft Ihr nicht dulden! Wir rufen die Betriebsräte, die Ortsausschüsse des AOSB, die Ortspartei der Ufa, die Kontrollausschüsse und die Ortsleitungen der Arbeiterparteien auf, in ganz Deutschland Massenkundgebungen zu veranstalten, ihre sabotierenden Führer im AOSB, in der Ufa und in der Vereinigten sozialdemokratischen Partei zum Verhandlungstisch mit den rheinisch-westfälischen Betriebsräten zu zwingen. Mit Entschlüssen und Resolutionen, mit Delegationen und Versammlungsbeschlüssen der einzelnen Organisationen und Körperschaften, durch öffentliche Kundgebungen müßt Ihr von Euren Führern fordern:

Die Einheitsfront des internationalen Proletariats!

Arbeiter, Klassengenossen! Lasset sofort in allen Fabriken und Werkstätten, in allen Gruben und Bauplätzen, in allen Dörfern und Städten, in allen Kreisen und Bezirken in Aktion.

Dem geschlossenen Aamarich des deutschen Proletariats müssen sich die sabotierenden Führer fügen.

Ist erst der Widerstand der Führer gegen die proletarische Massenaktion gebrochen, dann ist es ein Kinderpiel, mit dem Widerstand der Bourgeoisie auszuräumen.

Der frache Vorstoß des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet kann nur durch den einmütigen Willen des internationalen Proletariats liquidiert werden. Der Landes- und Hocherrat der deutschen Bourgeoisie, die Verschönerung des deutschen Proletariats an das ausländische Kapital kann nur durch den Einheitswillen des Proletariats zurückgewiesen werden.

Die Rettung aus Not und Elend, aus vollkommener Entrechtung und Verflakung kann nur das Werk der Einheitsfront des internationalen Proletariats sein.

Ohne daß sich das gesamte Proletariat in Bewegung setzt, ohne daß sich die Massen der Arbeitererschaft erheben, können diese Aufgaben nicht erfüllt werden.

Drum auf zum Kampf gegen die Sabotage der reformistischen Arbeiterführer!

Auf zum Kampf gegen den deutschen Kapitalismus und den französischen Imperialismus!

Berlin, 5. März 1923.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte:

Hermann Große, Arthur Börner, Harimann, Berlin, Willi Albrecht, Erfurt, Walter Lantius, Ehemnitz, August Kreuz, Hamburg, Otto, Zimmermann, Königsberg, Franz Baader, Stuttgart.

Die internationale Konferenz in Köln verboten!

Uns Köln erhalten wir eben die Nachricht, daß der internationale Kongreß, der am 17. März in Köln stattfinden sollte, verboten worden ist. Das Schreiben, in dem das Verbot mitgeteilt wird, hat folgenden Wortlaut:

Holzheim, Köln, den 3. März 1923. Geschäftsführer der Kommunistischen Partei, Herr Ebstein.

Der Herr Stadt-Kreis-Delegierter hat mich beauftragt Ihnen zu eröffnen, daß der von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Köln, am 17. März 1923 geplante internationale Kongreß nicht stattfinden darf.

Indem ich Ihnen von vorstehender Verfügung Kenntnis gebe, fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, daß die Abhaltung des Kongresses unterbleibt und die öffentliche Ruhe und Ordnung in keiner Weise gestört wird.

J. A. Riemann.

Das Verbot erfolgte durch die englischen Behörden auf Drängen der Franzosen.

Poincare, der die französischen Kommunisten in Frankreich im Kerker gefangen hält, mobilisiert also englische Bajonette, um die internationale Konferenz auseinanderzujagen und die Verständigung der Proletarier über die Grenzen und Bajonette hinweg zu verhindern.

Poincare fürchtet allein die internationale Kampffront des Proletariats. Die französische Arbeitererschaft wird nicht nachlassen in ihrem heldenhaften Kampf gegen das Gewaltregime der französischen Großkapitalisten, in deren Auftrag Poincare wütet. Seine Intervention wird die

Verständigung nicht verhindern können.

Zur internationalen Konferenz in Köln.

Von Heinrich Brandler, Berlin.

Der Aktionsausschuß der KPD. und KPF. hat dem Aufruf des 23er-Ausschusses der rheinisch-westfälischen Betriebsräte zugestimmt und in Verständigung mit ihm zum 17. März eine internationale Konferenz einberufen. Was der 9er-Kommission der drei Internationalen im April 1922 nicht gelungen ist, das wird diesmal durch die Initiative des 23er-Ausschusses und des Aktionskomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und Frankreichs wenigstens teilweise gelingen.

Die 2. und 2 1/2. Amsterdamer Internationale haben zwar bis jetzt die Einladung des 23er-Ausschusses folgeschwiegen. Der Aufruf des Aktionsausschusses der KPD. und KPF. hat sie erneut gemahnt und aufgefordert, an dieser Konferenz teilzunehmen. Es gilt, ihre Anhänger überall darauf aufmerksam zu machen.

Die 2. und 2 1/2. Internationale wollen sich zu Pfingsten auf ihrer Konferenz in Hamburg vereinigen. In diese Hochzeitsstimmung sind aber national und international einige Mißtöne hineingebracht worden. Durch die Ruhrbesetzung ist die BSPD. fast durchgängig ideologisch wieder in die alten Bestandteile USPD. und SPD. zerfallen. Die preußische Landtagsfraktion wie die Reichstagsfraktion der SPD. halten bereits getrennte Fraktionsitzungen ab. Die Stamper „Vorwärts“-Gruppe treibt angesichts der Ruhrbesetzung wieder Bürgfriedenspolitik wie 1914, macht in Einheitsfront mit der Bourgeoisie und organisiert mit Stimmes die Sammlungen für die Ruhrhilfe. Arthur Zidler, der Sanger der Bürgfriedenspolitik von 1914, der Dichter des Mordhymnus gegen Rosa Luxemburg, Liebknecht und Karl Rabel, fabriziert patriotische Kundgebungen und schreibt im Dienste der staatlichen Ruhrhilfe gut bezahlte Artikel in der „Deutsche Allgemeine Zeitung“, wo Paul Lensch seine Hahngänge gegen Frankreich produziert. Breischheid und Hilferding sind Bundesbrüder von Stamper geworden. Einige alte SPD-Führer gehen mit den Unabhängigen. Paul Levi greift die unabhängigen Traditionen auf und treibt pazifistische „Verständigungspolitik“. Er versucht, Stimmes und dem Marquis Lubersack gut zuzureden, sich rasch zu einigen auf Kosten des deutschen und französischen Proletariats. Unter dem Druck der Kommunisten ist auch die BSPD. Sachsens in eine verzweifelte Lage gekommen. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen rebellieren nicht nur gegen die Bürgfriedenspolitik der Stamper und den Verständigungspazifismus Paul Levis, sie rebellieren auch gegen die Hege der BSPD-Führer gegen die Kommunisten und treten angesichts der faschistischen Gefahr für eine Arbeiterregierung mit den Kommunisten ein und wenden sich gegen die Koalition mit den Bürgerlichen.

Die Schweizer Sozialdemokratie ist von der Verschmelzung mit der 2. Internationale ebenfalls nicht besonders begeistert. Diese Rebellion in der BSPD. und in der schweizerischen Sozialdemokratie dämpft auch den Vereinigungswillen der österreichischen 2 1/2. Politiker. Wenn sich die weltpolitischen Konflikte zuspitzen, dann kann bis Pfingsten das Verschmelzungskonzept der 2. und 2 1/2. noch gründlich verhandelt werden.

Auch in der Amsterdamer Internationale zeigen sich starke Differenzen. Jimmen, der Generalsekretär der Amsterdamer Internationale hat eine Vortragsreise nach Deutschland unternommen, die von den AOSB-Leuten und den Stamper-Politikern sehr mißfällig kritisiert worden ist. Jimmen forderte in diesen Versammlungen von den deutschen Gewerkschaften und dem AOSB. scharfe Klassenkampfpolitik gegen die eigene Bourgeoisie. Auch ein Mißtön und ein ziemlich schriller in dem Bürgfriedenskonzept der Amsterdamer. Dudgeest hat zwar diese Tätigkeit mit einem häßlichen Hinweis auf Jimmens zertrühten Gesundheitszustand abtun und deshalb einen längeren Urlaub für Jimmen erwirken wollen. So menschenfreundlich diese Absicht der Gruppe Dudgeest auch beurteilt werden mag, sie zeigt ernste Differenzen in der Leitung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Die kleine Ledebour-Gruppe in Deutschland, die die Vereinigung mit der SPD. nicht mitgemacht hat, hat ihre Beteiligung an der internationalen Konferenz zugesagt. Es ist wahrscheinlich, daß die gegen die Verschmelzung opponierenden linken SK. die kleine USP. in Polen und die auf dem Boden Ledebours stehenden sozialdemokratischen Parteien der baltischen Randstaaten ihre Beteiligung ebenfalls zusagen werden. Die schweizerische Sozialdemokratie und auch die italienischen Sozialdemokraten die sich ebenfalls scharf gegen das Ruhrabenteuer aussprechen haben, werden zum mindesten Farbe be-

Bericht vom 6. Bezirksparteitag.

2. Verhandlungstag (Nachmittags-Sitzung).

Referat der Genossin Kuyke über die Frauen-Reichskonferenz und den internationalen Frauentag.

Der Reichs-Frauentag hat sich besonders mit der Genossenschaftsfrage und mit den Kontrollausschüssen beschäftigt. Es sei wichtig, überall in die Kontrollausschüsse Frauen zu wählen, von deren Mitwirkung der Erfolg der Kontrollausschüsse abhängt. Bisher sei dieser Frage viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. In Breslau sei in einer öffentlichen Frauenversammlung ein Kontrollausschuss gewählt worden. In demselben haben sich auch sozialdemokratische Frauen befunden. Regiere haben sich jedoch nach kurzer Zeit von der Arbeit zurückgezogen. Kontrollausschüsse sollen erst dann gegründet werden, wenn bereits breite Massen hinter der Betriebsrätebewegung stehen. Sonst fehle den Kontrollausschüssen das Fundament. Auch in der Genossenschaftsfrage müssten die Genossinnen viel rühriger als bisher sein. Vor allen Dingen müsse enge Verbindung zwischen den Frauen-Agitationskommissionen und den Genossenschaftsfraktionen hergestellt werden. Es sei bedauerlich, daß auf dem kommunistischen Genossenschaftstag nur eine Frau vertreten war. Genossin Bittel habe bei der Frauen-Reichskonferenz mit Recht hervorgehoben, daß die Genossenschaften nicht nur Einlauf-, sondern Kampfinstitute seien und bei revolutionären Kämpfen außerordentlich wichtig seien. Ferner gelte es, die Frauen mehr als bisher in die allgemeine Parteiarbeit hineinzuziehen und dadurch bessere Funktionäre heranzubilden. Es sei auch notwendig, eine Bibliothek für die Frauen zu schaffen. Genossin Kuyke tritt ferner für Beachtung der obligatorischen Beförderung der Kommunistin ein. Im zweiten Teil ihres Referates befaßt sich Genossin Kuyke mit den Aufgaben der internationalen Woche. Es sollen an allen Orten Versammlungen bzw. öffentliche Demonstrationen stattfinden. Die Frauen sollen aufgerufen werden, zu demonstrieren gegen den Faschismus, gegen den Standtagsapostroph 218, für Aufrechterhaltung des Achtstundentages und für gleiche Beschäftigung der Frauen bei gleicher Leistung. StraßenDemonstrationen sollen dort, wo die Bewegung schwach ist, nicht veranstaltet werden, sondern Versammlungen.

Die Zahl der gedruckten Flugblätter für Breslau und Erlangen sei zu gering, überhaupt wolle die schlechte Finanzlage hemmend auf die Frauensache einwirken. Genossin Kuyke schließt ihr Referat mit einem Appell an die Genossinnen der Frauenbewegung die nötigste moralische und finanzielle Unterstützung anzudeuten zu lassen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Marie unterzieht die Ausführungen der Genossin Kuyke und betont besonders, daß es um die moralische Unterstützung der Frauenbewegung durch die Genossinnen geht.

Genossin He. bis fragt an, warum die Parteiforespondenz nicht an die Funktionärinnen geht.

Genossin Kuyke antwortet, daß die Aufmerksamkeit des Parteitagsgremiums auf die Genossenschaftsfrage. Viele Genossinnen glauben, daß die Genossenschaft nichts angehe. Das ist falsch. Die Arbeit in der Genossenschaft sei genau so wichtig wie die Arbeit in den Gewerkschaften. Es gebe drei Möglichkeiten, wo die Arbeiter- und Arbeiterinnen ihre Lebensmittel-Einkaufsstellen organisieren könnten: bei den Krämerinnen, in den bürgerlichen Konsumvereinen, dritten im Konsumverein „Berwärts“. Viele Proletarier unterstützen noch die uns feindlich gestimmten Krämer. Noch größer sei die Zahl derjenigen, die im alten Konsumverein laufen, obwohl in Berlin das deutsche nationale Kartell der linken. Somit unsere Genossinnen Mitglieder des Konsumvereins „Berwärts“ und anderer Konsumvereine sind, können sie sich in Bezug auf ihre Interessen und Interessen nicht zu den Generalversammlungen. Am Ort und in der Provinz müßte der Genossenschaftsfrage viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir brauchen die Genossenschaftsarbeit unbedingt für den revolutionären Kampf.

Ein Antrag Schütz zur Geschäftsordnung fordert Ablehnung des Referates von Genossin Kuyke über die Kommunalwahlen. Genossin Kuyke wendet sich gegen diesen Antrag. Opportunistische Gefahren bestehen besonders in der Fähigkeit in der Gemeinde, und es sei dringend nötig, den Genossinnen Richtlinien für ihre Tätigkeit zu geben.

Der Antrag Schütz wird angenommen. Ebenfalls angenommen wird ein Antrag, eingehender Antrag Schütz, der die Berücksichtigung beantragt, infanterische Kontingente der Gewerkschaften in den einzelnen Kreisen abzurufen. Hieran folgt das

Referat des Genossen Dehnert über die nächsten organisatorischen Aufgaben der Partei.

Genossin Dehnert: Die revolutionäre Kampfbildung vieler Genossen, denen es nicht ohne Grund gerade geht, sei zu begrüßen. Obwohl wir auch in Zukunft immer mehr Einfluß unter den BEPS-Arbeitern gewinnen - was besonders bei den obersten Schichten hervorgeht - so müssen unsere Arbeit herausgreifen gegenüber.

Die größte Hemmung bestehe in den durch die Geldentwertung bedingten unzulänglichen Finanzverhältnissen, die es der Bezirksleitung unmöglich machen, förmlich Versammlungen, als in der Provinz notwendig sind, zu veranstalten. Die größte Hemmung bestehe in der Einstellung der proletarischen Arbeiter, die, obwohl mit der Politik der BEP unzufrieden, in den traditionellen Gewerkschaften nicht den Rücken kehren wollen.

Es sei uns aber gelungen, einen großen Teil von Sympathisierenden um uns zu scharen.

Die Hemmungen werden wir am besten dadurch überwinden, daß wir nicht so zaghaft, wie bisher, in der Beitrags-erhebung sind. Die Erfahrung hat bewiesen, daß mit der Beitrags-erhöhung keine Mitgliederverluste verbunden seien.

Auch die Abrechnung der Ortsgruppen müsse pünktlicher erfolgen, wenn es jetzt der Fall sei. Ortsgruppen die Abrechnung fünf bis acht Wochen verzögern, so werden die Beiträge einverleitet und die Bezirksleitung dadurch in ihrer

Konsequenz sind endlich durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten die rechtlichen Grundlagen für ein unabhängiges Einschreiten gegen alle derartige gewinnlose Elemente geschaffen worden. Man hat sich aber wiederum gegen die Todesstrafe auf Spionage und Landesverrat zu setzen und hätte doch allen Grund dazu gehabt, hier mit den härtesten Mitteln, die es überhaupt gibt, vorzugehen. Wer es unterläßt, in solchen Notzeiten, in denen ein ganzes Volk um Leben oder Tod kämpft, Berrat an diesem Volk zu über, der muß mit seinem Kopf dafür haften. Das verlangt die elementare Gerechtigkeit. Trotzdem begrüßen wir die Übernahme der Verantwortung durch die Bezirksleitung, energig gegen solche Elemente einzuschreiten und auf diese Weise Gefährden zu beseitigen, die schon lange zu schweren Bedenken und Beschränkungen Anlaß gegeben haben.

Wir erlauben uns ganz bescheiden die Gegenfrage zu stellen: Wo bleibt die Anwendung nicht des Ausnahme-gegesetzes, sondern des ganz gewöhnlichen ordentlichen Strafrechts gegen den Landesverrat der Lebensmittelhändler aus den nationalen Gesinnungstendenzen der „Kreuz-Zei-

tung“ eingeengt. Die Ortsgruppen müssen unbedingt bis zum 5. jeden Monats abrechnen. Wenn dies die kleinen neu-gegründeten Ortsgruppen tun, so müßte dies die größeren Gruppen auch gelingen.

Um das hohe Maß für Referenten zu sparen, muß in jedem Kreis eine Zahl von Rednern ausgebildet werden, die in öffentlichen Versammlungen des Kreises und der Nachbarkreise referieren. Außerdem müssen mehr öffentliche Mitglieder-Versammlungen, zu denen die Sympathisierenden durch persönliche Aufsuchen eingeladen werden, abgehalten werden.

Das Entgelt für öffentliche Versammlungen müsse so bemessen werden, daß die Kosten für den Saal und den Referenten dabei herauskommen. An einigen Orten habe es sich gezeigt, daß bei genügender Vorbereitung der Versammlung dies durchaus möglich sei. Vielfach werden die Versammlungen nicht genügend ausgenutzt zur Pressepropaganda und zum Werben neuer Mitglieder.

So wichtig die Wohnbezirksorganisationen seien, weil sie Arbeiter, Angestellte, Beamte usw. umfassen, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß der Schwerpunkt unserer Tätigkeit in den Betrieben verankert sein müsse. Die Betriebsorganisationen müssen ausgebaut und das Rückgrat unserer Bewegung werden.

Bei wichtigen politischen Kämpfen müsse es möglich sein, unsere Genossen in den Betrieben innerhalb weniger Stunden zu mobilisieren. Es müssen revolutionäre Vertrauensleute in den Betrieben geschaffen werden.

Redner führt aus seiner Praxis ein Beispiel für die eminente Wichtigkeit dieser revolutionären Vertrauensleute an. Als seinerzeit der Redakteur Genosse Stern aus Halle ausgewiesen werden sollte, brauchte er nur auf den Knopf zu drücken und innerhalb zwei Stunden standen alle Werke still und die Arbeiter waren in Massen um 11 Uhr vormittags auf der Straße. Nur die Arbeiter des Elektrizitätswerkes arbeiteten bis 12 Uhr, weil das Parteiblatt bis um diese Zeit Strom brauchte. Um 12 Uhr stand auch das Elektrizitätswerk still und die Straßenbahnwagen blieben mitten in der Straße stehen und mußten durch Werbe in die Depots gebracht werden.

Als weitere Aufgabe der Partei bezeichnet Gen. Dehnert die systematische Propaganda für die Presse und unsere Produktivgenossenschaft, die sich außerordentlich gut entwickelt habe. Die Produktivgenossenschaft habe in Anbetracht der Geldentwertung die Umsätze auf 5000 Mark erhöht. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Mitglieder der Produktivgenossenschaft der Zahl der Parteimitglieder entspreche, denn nach einem Besuch des Parteitagess muß jeder Genosse Mitglied der Produktivgenossenschaft sein.

Genosse Dehnert stellt ferner die Bildungsfrage. Unsere Bildungsbestrebungen sind nicht Selbstzweck, sondern dienen in der Übergangsperiode, bis zur Erreichung der Macht, der Vorbereitung des revolutionären Kampfes. Wo Theaterorganisationen usw. bestehen, müssen sie sich dem Bildungs-ausschuss unterordnen und dürfen niemals Selbstzweck werden.

Zum Schluß weist Gen. Dehnert auf die Aufgaben der Partei gegenüber den falsischen Gefahren hin. Wir müssen Versammlungsschub usw. organisieren, um gegen Überfälle der Orgesch gefürchtet zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Diskussion:
Genosse Kaus: Die Betriebsfraktionen, die sich bisher hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen befaßt haben, müssen sich auch mit politischen Fragen befassen und politisch gefaßt werden. Die Bourgeoisie linne Tag und Nacht um das Proletariat niederzuschlagen. Schaffung von Betriebsorganisationen und proletarischem Selbstschutz sei dringende Aufgabe. Bei dem Kampf gegen Orgesch müssen wir einen Reil zwischen die Führer und die oft proletarischen Manuskriptler hineintreiben. In OS habe man damit gute Erfolge erzielt. Haben wir in allen Betrieben starke kommunistische Betriebsfraktionen geschaffen, dann besitzen wir eine unzerstörbare Organisation, die allen Ausfällen der Kontrorevolution Stand halten wird. Anzuecht dessen müssen wir auch am Ausbau der Wohnbezirksorganisationen (Ortsgruppen) festhalten.

Zadach-Gleiwitz: Hunger und Not haben in OS die revolutionäre Bewegung gelassen. In Gleiwitz ist nach Abhaltung einer Kreisversammlung im Stadttheater ein Kontrollausschuss gegründet worden, dem neben Kommunisten auch Sozialdemokraten, darunter ein Gewerkschaftsbevollmächtigter, angehören. Der Kontrollausschuss habe sich durchgesetzt und habe für seine Mitglieder polizeiliche Gestattung erwirkt.

In kurzer Zeit habe der Kontrollausschuss in Gleiwitz die Sympathie der gesamten Bevölkerung erworben. Selbst bürgerlichen Mütter müssen zugeben, daß Angst vor den Arbeitern bewirkt habe, daß wichtige Lebensmittel im Preise zurückgegangen seien. Das Mehl sei um 300 Mark billiger wie in Hindenburg, wo Preisprüfungs-Kommissionen bestehen.

Genosse Zadach machte weitere interessante Mitteilungen über das Wachen der falsischen Gefahr in Oberschlesien. Nach dem letzten Zusammenstoß zwischen Orgesch und Polizei in Hindenburg drohen die Faschisten.

30 000 Mann auf die Brinn zu bringen und mit der Sipo Abrechnung zu halten.

Die Erregung der Massen angeht die täglichen, falschen Propagationen sei auf das Äußerste gewachsen. In den nächsten Tagen werde wahrscheinlich eine Demonstration gegen die Orgesch stattfinden, an der 30 000 Arbeiter aus Hindenburg, Gleiwitz und Umgebung teilnehmen.

Auch in den Betrieben wachse die Wahrung. Die Bonzen müssen das Maul halten. Angesichts der sich zuspizierenden Situation müssen die Genossen in Oberschlesien weitgehendste organisatorische Eigenbereitschaft betreiben. Breslau als Bezirksleitungs-ort sei zu weit entfernt und die Redner zu schwer zu erreichen.

Die Bezirksleitung müsse auf breiterer Grundlage aufgebaut sein, damit die Vertreter der einzelnen Wirtschaftsbezirke genügend Einfluß auf die Gestaltung der Beschlüsse der Bezirksleitung gewinnen. (Fortf. folgt.)

lernen müssen. Die wenigen Tatsachen beweisen, daß bei der Neunkonferenz wichtige Veränderungen in den Parteiblöden der 2. und 21. und Amsterdamer Internationale vor sich gegangen sind.

Wenn die 2., 21. und die Amsterdamer Internationale die Weltkonferenz zum Kampf gegen die Kapital-offenheit und den Versfaller Friedensvertrag wieder sabotieren sollten, so wird doch neben der kommunistischen Internationale und neben der CGTU Frankreichs schon ein nennenswerter Teil revolutionär gestimmter Arbeitergruppen an der Konferenz teilnehmen. Die deutschen Betriebsräte, die ihre Beteiligung zugesagt haben, umfassen zahlenmäßig heute schon einige Millionen deutscher Arbeiter. Die Delegierten der deutschen Betriebsräte werden aber stimmungsgemäß weitere Millionen Arbeiter Deutschlands repräsentieren, die organisatorisch heute leider von ihnen noch nicht erfaßt sind. Zugesagt haben neben der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei die revolutionären Gewerkschaften der Tschechoslowakei. Ebenso werden teilnehmen außer den Kommunisten Polens Vertreter der polnischen Gewerkschaftsopposition.

Die mutige kommunistische Partei Italiens wird auf Konferenzen vertreten sein und neben ihr die starke oppositionelle Gewerkschaftsfraktion der italienischen Gewerkschaften. Ebenfalls hatten ihre Teilnahme zugesagt die Delegierten von Yorkshire, die Doder und Metallarbeiter Englands. Wir hoffen zuversichtlich, daß auch die aus dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund ausgeschickten norwegischen Gewerkschaften eine Delegation senden.

Die Sabotage, die die Weltkonferenz im Vorjahre unmöglich machte, ist heute bereits durchbrochen. Am Sowjetrußland, das Vertreter der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften senden wird, schart sich heute schon eine stattliche Anzahl Kampfgenossen. Es wird Aufgabe der Kommunisten aller Länder sowie der Anhänger einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung sein, die Zeit bis zur Konferenz gründlich auszunutzen. Überall müssen Vorbereitungen getroffen werden, daß machtvoll: Demonstrationen am 18. März, während die Konferenz tagt, abgehalten werden können. Wenn alle Kräfte mobilgemacht werden, um die breiten Arbeitermassen für den Kampf gegen die Abenteurerpolitik der Imperialisten Frankreichs und der Bourgeoisie Deutschlands zu gewinnen, so ist das die beste Vorbereitung der Konferenz. Dann ist die Gewähr gegeben, daß die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse in allen Ländern in die Tat umgesetzt werden können.

Ein neuer Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse!

Das erste Kriegsgefeß Eberts.

Die Aktions- und Pressefreiheit des Proletariats soll aufgehoben werden.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48. Absatz 1 der Reichsverfassung folgende Verordnung betr. Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet erlassen:

§ 1. Mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer während der in Friedenszeiten erfolgten Besetzung deutscher Gebiete durch eine fremde Macht dieser in wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Angelegenheiten als Spion dient oder Spione dieser Macht anstimm, verbirgt oder ihnen Beistand leistet. Bei milderen Umständen ist die Strafe Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Gefängnis nicht unter 2 Jahren.

§ 2. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe bis zu 500 Millionen Mark zu erkennen. Neben Gefängnis kann auch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§ 3. § 93 des Strafgesetzbuches über die Beschlagnahme des Vermögens gilt entsprechend.

§ 4. Für die Aburteilung ist das Reichsgericht zuständig. Die Verordnung wird bereits in dem am 5. März 1923 zur Ausgabe gelangenden Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 17, erlassen.

Das erste Kriegsgefeß Eberts im Ruhrkrieg. Die Ausnahmeverordnung gegen die Spionage für Poincaré ist es dem Wortlaut nach; die Verhängung des Belagerungszustandes gegen die sich gegen den inneren und äußeren Feind währenden deutschen Arbeiter ist es der Tat nach.

Das ordentliche Strafgesetzbuch kennt schwere Zuchthausstrafen gegen Spione und Landesverräter. Warum also die Ausnahmeverordnung, wenn sie nicht besondere Fälle treffen will? Diese besonderen Fälle sind die Störung der Einheitsfront durch die Arbeiterklasse. Immer ungeduldiger und ungehämmer löst sie gegen den Stachel des Burgfriedens, den Stämpfer, Cuno und Ebert verteidigen. Verteidigen mit allen Mitteln: mit Belagerungszustand und lebenslänglichem Zuchthaus.

Soll Elmas im Ruhrkrieg durchhalten, dann müssen die Arbeiter still halten. Halten sie nicht still, so werden sie still gemacht durch Eberts Orgeß und Eberts Zuchthausgesetz.

„Spionage in wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten“: Ebert soll gegen die falschen Enthüllungen der Kommunisten geschützt sein: das ist der Sinn der Verordnung. Jeder Arbeiterführer, der seine internationalistische Pflicht erfüllend, die Arbeiter Deutschlands zum Kampf gegen den inneren Feind aufruft, damit sie die Zwänge des französischen Imperialismus siegreich abwerfen können, wird ins Zuchthaus gesteckt.

Was dieses neueste Kriegsgefeß Eberts soll, plantiert die Kreuz-Zeitung, ein Berliner reaktionäres Organ offen aus:

Das Streben der Kommunisten, auf das wir uns Anfang an hingewiesen und das mit immer als Landesverrat gebrandmarkt haben, hätte schon längst zu energischen Einschreiten von Seiten der Reichsregierung genügen Anlaß geben müssen.

Kommunisten sind endlich durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten die rechtlichen Grundlagen für ein unabhängiges Einschreiten gegen alle derartige gewinnlose Elemente geschaffen worden. Man hat sich aber wiederum gegen die Todesstrafe auf Spionage und Landesverrat zu setzen und hätte doch allen Grund dazu gehabt, hier mit den härtesten Mitteln, die es überhaupt gibt, vorzugehen. Wer es unterläßt, in solchen Notzeiten, in denen ein ganzes Volk um Leben oder Tod kämpft, Berrat an diesem Volk zu über, der muß mit seinem Kopf dafür haften. Das verlangt die elementare Gerechtigkeit. Trotzdem begrüßen wir die Übernahme der Verantwortung durch die Bezirksleitung, energig gegen solche Elemente einzuschreiten und auf diese Weise Gefährden zu beseitigen, die schon lange zu schweren Bedenken und Beschränkungen Anlaß gegeben haben.

Wir erlauben uns ganz bescheiden die Gegenfrage zu stellen: Wo bleibt die Anwendung nicht des Ausnahme-gegesetzes, sondern des ganz gewöhnlichen ordentlichen Strafrechts gegen den Landesverrat der Lebensmittelhändler aus den nationalen Gesinnungstendenzen der „Kreuz-Zei-

tung“ oder ist es kein Landesverrat, daß die Politik des Bürgerblods, dessen Reichstanzler Cuno ist, die französischen Bajonette ins Land gerufen hat? Ist es kein Landesverrat, wenn die amtlichen Stellen den schamlosen Budget des Schwertkapitals und des Schandhandels, des Junkertums und der Großfinanz nicht bekämpfen, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter gegen den französischen Imperialismus zernüchtern? Ist es nicht Landesverrat und wirtschaftliche Spionage nach dem Wortlaut der Ebert-Verordnung, wenn die deutschen Arbeiter gegen gute französische Franken Giftgaspatente an Poincaré veräußern?

Wo bleibt die Ausnahmeverordnung, ja, nur die Anwendung des allgemeinen Strafrechts gegen diese Landesverräter?

Wo bleibt das Einschreiten des Staatsanwalts und der Regierung gegen die Giftgaspatente an Poincaré?

verhandelnden Anilinpatrioten? Wo bleibt die Anwendung des Gesetzes gegen die geschäftstüchtigen Patrioten, die auch jetzt noch ihre Geschäfte mit den französischen Kapitalisten machen?

Ist die „Kreuz-Zeitung“ auch bei diesen Herrschaften für „Kopf ab“?
Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Großagrarien, sagt zur Aufklärung der Anilinpatrioten, daß die Zuchtverordnung sich gegen diejenigen richtet, die in der Presse Hochverrat begehen. Das ist schon deutlicher. Die Verordnung richtet sich gegen die Arbeiterschaft!

Ebert hat sich gründlich geirrt, wenn er meint, mit dieser Spionageverordnung unangenehme Enthüllungen der kommunistischen Presse zu verhindern. Sie wird jede Wahrheit, die im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist, auch künftighin sagen.

Die schleunige Formulierung des proletarischen Selbstschutzes, der rücksichtslose Kampf um die Arbeiterregierung, die Aufbürdung der Kriegs- und Erfüllungslasten auf die Schultern der Besitzenden: das muß die Antwort der deutschen Arbeiterschaft sein auf den neuen Belagerungszustand, den Ebert gegen sie verhängt.

Ein proletarischer Ordnungsdienst in Gera.

Am gestrigen Sonntag trat hier zum erstenmal eine Arbeiterwehr, die den Namen „proletarischer Ordnungsdienst“ führt, in einer Stärke von fünf Hundertschaften zu einem Appell zusammen. Diese Formationen sind in den Bezirken Gera-West, Gera-Süd und Gera-Zwischen von der USPD aufgestellt worden. Hundertschaften der übrigen Bezirke sollen noch im Laufe dieser Woche gebildet werden. Am 11. März sollen sie alle zu einem Generalappell zusammenkommen. Von sozialistischer Seite wird die Aufstellung dieser Arbeiterwehr damit begründet, daß der Jungdeutsche Orden vom Reichsgericht als rechtmäßige Organisation anerkannt worden ist, und daß das Proletariat sich dagegen Schutz schaffen müsse.

Eine vom Ortskartell des ADGB in Weizsels einkaufene Vollversammlung der Betriebsräte beschloß angesichts der faschistischen Gefahren einstimmig, einen proletarischen Selbstschutz zu bilden. Mit seiner Organisation wurde eine siebenköpfige Kommission beauftragt.

Eine Anzahl Belegschaften in Solingen hat bereits ihre Abwehrformationen errichtet. Eine große Betriebsversammlung beschloß die sofortige Organisation weiterer Formationen und die sofortige Schaffung von Hundertschaften aller Arbeiter und Arbeiterinnen zwecks Bekämpfung der Dröselangriffe.

Pariser Massenversammlungen gegen die Ruhrbesetzung.

Zustimmung zur internationalen Arbeiterkonferenz.
Am 3. März fand in Paris im Großen Saale des Pariser Gewerkschaftshauses eine vom revolutionären Aktions-Komitee der kommunistischen Partei und der Roten Gewerkschaften einberufene Massenversammlung statt. Im Auftrag der Partei sprach Gen. Lohmann, im Namen der CGTU (Roter Gewerkschaftsbund) die Genossen Doudicol, Lazard und Bouer. Alle betonten die Notwendigkeit einer internationalen proletarischen Aktion gegen die imperialistischen Vorkühe. Die Redner betrafen sich besonders mit der Einladung des 23. Ausschusses der Rheinisch-Westfälischen Betriebsräte zu einer zweiten internationalen Konferenz und erklärten, daß die KP. und die roten Gewerkschaften Frankreichs an dieser Konferenz, die ein weiterer Schritt auf dem in Eisen angetretenen Wege sei, unter allen Umständen teilnehmen und sich durch die

Verfolgungen der Poincare-Regierung nicht zurückschrecken lassen werden. Die Betonung der Solidarität mit der Klassenbewußten Arbeiterklasse und insbesondere mit den deutschen Kommunisten, die als einzige Partei eine Klassenpolitik der Arbeiterschaft betreiben, löste aus der Zuhörerschaft, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte, stürmische Begeisterung aus. Die Versammelten forderten die Freilassung der nach der Essener Konferenz verhafteten französischen Genossen.

Schlesische Rundschau.

Jugendacht, Arbeiter von Münsterberg! Die Faschisten wollen Euch übers Ohr hauen!

In allen Teilen Schlesiens rüstet die Reaktion zu einem blutigen Kriegszug gegen das Proletariat. Immer wieder decken wir die Pläne der Reaktionäre auf und geben so den Arbeitern Gelegenheit, zuzupacken und den Reaktionären das Handwerk zu legen.

Heut sind wir in der Lage, den Arbeitern von Münsterberg die Gefahren zu signalisieren, die ihnen von seiten der Reaktion drohen:

Der Kaufmann Kraska, Ring ist ein Funktionär der Reaktionäre. Er wirbt für den „Selbstschutz“.

Die Leitung liegt nach den Angaben des Kraska in den Händen des Majors Wolfaus Reindorf. Die „Selbstschutz“-Abteilung ist dem Kommando Glatz unterstellt. In Streichen, Frankenstein, Schwelbitz u. a. Orten ist der „Selbstschutz“ schon organisiert. Jeder, der sich bei Kraska meldet, wird gefragt, ob er Waffen besitzt. Hat er welche, so soll er sie bei ihm abgeben. Kraska berichtet darüber nach Breslau an die Kavallerie-Brigade, die dann diese Waffen als ihr Eigentum erklärt, damit die nicht beschlagnahmt werden können. Der „Selbstschutz“ hätte nach den Angaben des Kraska lediglich dem Zweck bei Patzschau die deutsch-schlesisch-polnische Grenze solange zu sichern, bis die Reichswehr offiziell eingezogen kann!

Jetzt sei sie leider durch den Versailler Vertrag daran behindert.

Kraska erklärte, daß sich noch mehrere Herren mit der Organisation des Selbstschutzes befassen — der auch zu anderen Zwecken (im Inneren Deutschlands) verwendet werden kann.

Man will ein neues 1813 herbeiführen. Sollte es irgend einem KP. Kommunisten oder Sozialisten, einfallen diese Sache aufzudecken, so wird er wegen Hochverrat ins Zuchthaus gesteckt!

Jedem Arbeiter muß es klar sein, daß die Reaktionäre den „Selbstschutz“ nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind: gegen das gesamte Proletariat organisieren. Sie wollen in den Reihen des Proletariats ein Blutbad anrichten, um den am Leben gebliebenen weitere Lasten aufbürden zu können. Das dürfen die Arbeiter von Münsterberg nicht ruhig hinnehmen. Wie ein Mann müssen sie aufstehen und den Reaktionären das Handwerk legen: Ehe es zu spät ist.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Schlesische Notwerte.

Man schreibt uns:

Am Mittwoch, den 28. Februar, tagten Betriebsversammlungen der Schlesiens Kohlen- und Kokswerke im Hotel „Glück“. Auf der Tagesordnung stand 1. die Unternehmungskonferenz für die Werksverwaltung, 2. Sitzungsbericht, 3. Beschiedenes. Kollege Müller erhielt als erster das Wort und forderte zur Solidarität gegenüber den Ärmsten der Armen auf. Man soll eine Meberstunde für dieselben verfahren. In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen für

den Antrag, worauf dieser einstimmig angenommen wurde. Ein Vorgesetzter der Blüthen, an die Betriebsräte gerichteter Brief, wurde dadurch, daß beschlossen wurde, ihnen den Restbetrag aus der Auftragskassette zu überweisen. Kollege Schubert brachte einen Vorschlag, Vorratsspenden unter 50 Pf. den Unterhaltungsstellen zuzuführen zu lassen, welche allseitige Zustimmung fanden. Kollege Klose gab dann den Bericht aus der letzten Sitzung der Betriebsräte mit der Direktion. Hierbei ist zu erwähnen, daß unsere Betriebsräte den Antrag durchbrachen, daß das Werk von nun an sämtliche Beerdigungskosten bei zu Tode Verunglückten trägt. Kollege Brendel gab bekannt, daß ein Dummhändler im Grubenortalm gesunden worden ist, wahrscheinlich herrührend von der Dülles. Kollege Biewald schloß sich dadurch veranlaßt, auf die Gaststättengasterei hinzuweisen. Unter „Beschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die Anorganikler zu entlassen seien, andernfalls in einen Proteststreik eingetreten werden soll.

Kollege Volkmer forderte die Betriebsräte auf, sich bei der Bezirksleitung für neue Lohnforderungen einzusetzen, auf Grund der neuen Beschäftigten für Brot sowie anderer Lebensartikel. Nach einigen Beschwerden über schlechte Deputatskosten fand die Versammlung um 12 Uhr ihr Ende.

Anmerkung der Redaktion: Es ist ganz gewiß zu begrüßen, daß die Arbeiter sich für die Bekämpfung des elenden Diebstahls bemühen. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, für die Ärmsten der Armen, die ihre Knochen für das Kapital herzugeben haben, zu sorgen. Wenn die Arbeiter aber, um den Invaliden zu helfen, Meberstunden leisten, so schlagen sie sich selbst ins Gesicht. Sie vermehren dadurch die Arbeitslosigkeit und leisten dem Bestreben der Unternehmer, den Arbeitsmarkt zu durchbrechen, Vorkauf.

Wir hoffen, daß unsere Genossen überall in den Betrieben Meberstunden ablehnen, und zwar ganz unabhängig davon, zu welchem Zweck sie dienen sollen.

Steslan. Solales.

Stadtverordnetenversammlung.

Machtlos gegen den Wucher. — Die Unbeholfenheit der Schildbürger im Stadtparlament. — Ein sozialdemokratisches Agitationsmanöver.

Die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 6. März, war in mehrerer Hinsicht bedeutungsvoll. Alles in allem kann man sagen, daß sie eine treffende Charakterisierung des heutigen Gesellschaftszustandes war. Der zusammenbrechende Kapitalismus macht äußerste Kräfteanstrengungen, seine Macht zu erhalten. Gewalttätige Synndikate entstehen, die in ganz skrupelloser Weise Wucher betreiben, das Proletariat auszulagern und rücksichtslos alle kleinen Kapitalisten verschlingen. Dabei aber halten es diese Synndikate für notwendig, ihre Diktatur hinter kleinbürgerlichen Verwaltungsgörbern zu verbergen. Kleinbürger sind die Dekoration des großkapitalistischen Wuchers, ihres eigenen Feindes. Aber sie sind machtlos gegen ihn, sind der Prellbock, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat zermalmt wird. Verzweifelt wehren sie sich dagegen. Bis in die Reihen der Deutschnationalen reichten diese kleinbürgerlichen Schichten, die aufrichtige und bestige Anklagerende gegen die Synndikate, die moderne Form des Kapitalismus, schleudern. Und doch spricht aus ihren Reden nur die vollständige Hilflosigkeit. Sie sind von der Geschichte verdammt, unterzugehen, und werden ihre Mission zu erfüllen haben. Wie aber erinnert ihre Hilflosigkeit an die tapferen Schildbürger. Als die sich keinen Rat wußten, wie Licht ins Rathaus kommen soll, wollten sie es in Säcken hineinbringen. Und die Breslauer Schildbürger, die nicht willen, wie sie dem Wucher und der Not beikommen sollen, finden keine anderen Mittel, als Gefrierfleisch und kondensierte Milch aus dem Auslande einzuführen. Gegen den Wucher wollen sie noch eine Protestaktion bei der Regierung durchführen. Bei derselben Regierung, die den Wucherern Freibriefe ausstellt, und selbst mitwuchert. Wahrlich, ein besseres Schildbürgerstückchen konnten die Breslauer Kleinbürger im Stadtparlament nicht aufführen. Sie haben nun gezeigt, daß sie ihren historischen Vorgängern nicht nachsehen. Möge auch ihnen bekümmert sein, dereinst im lustigen Nüderbuch der Geschichte eine wenn auch Schildbürgerliche Rolle zu spielen.

Den Hauptpunkt der Dauerredensinng machte die Anfrage des Sozialdemokraten Darr über

Bekämpfung des Wuchers

aus. In lederner, ungeschickter Art begründete Darr seine Anfrage, Schimpfe auf die wuchernden Landwirte und wußte

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

„Na, mach schon! Pah uns trüben! Kiril Mitodimowitsch, sag doch meinem Viebchen, es mach' mit mir trüben! Brauchst dich doch gar nicht zu kümmern. Was geha und die andern an? Warum immer im geheimen kändigen? Handeln wir doch offen! Ich hab' mir das so vorgenommen, siehst du — von jetzt an soll alles offen geschehen.“

„Schurke!“ schrie das Weib mit kreischender Stimme.

Sija sah, wie sie mit der Hand ausholte, und schlug den Keller, den sie nach ihm wart, mit der Faust zur Seite. Das Klirren des zerschlageneu Tellers erhöhte noch die Bestürzung der Gäste. Langsam, lautlos traten sie zur Seite und ließen Sija allein. Aug in Auge mit den Antonomow. Kiril hielt irgendein Fischchen am Schwanz, blinzelte mit den Augen und schaute so blaß, so kläglich, so stumpfsinnig drein. Tatjana Wlasjewa bebte am ganzen Körper und drohte Sija mit den Fäusten; ihr Gesicht hatte dieselbe Farbe wie ihre Bluse, und ihre Zunge brachte die Worte nur mit Mühe über die Lippen.

„Du — li — gh — li — üglt!“ kreischte sie, indem sie den Hals nach Sija ausstreckte.

„Willst du vielleicht, daß ich's sage, wie du nach aussieht?“ sprach Sija ruhig. „Halt mir ja selbst die Muttermaule gezeigt. Dein Mann wird's ja sagen können, ob ich lüge oder nicht.“

Man hörte leise Ausrufe und unterdrücktes Lachen. Die Antonomowa streckte die Arme in die Luft, sah sie an die Kehle und lachte lautlos auf einen Stuhl.

„Polizei!“ Ichte der Telegraphist. Kiril wandte sich nach ihm um und stürmte dann plötzlich, mit dem Kopfe voran, auf Sija los.

Sija hielt die Arme vor, gab ihm einen Stoß vor den Kopf und rief barsch:

„Wohin willst du denn? Du bist vollblütig. Wenn ich dir ens vor den Schädel gebe, schlägst du lang hin.“

Hör lieber zu — und ihr alle — hört gleichfalls zu! Ihr kriegt sonst nie die Wahrheit zu hören.“

Aber Kiril ließ sich nicht betören, sondern beugte wieder den Kopf und machte einen neuen Angriff. Die Gäste sahen schweigend zu. Niemand rührte sich von seinem Platze, nur Drowka ging leise, auf den Zehenspitzen, in eine Ecke, setzte sich dort auf eine Chaiselongue, faltete die Hände und schob sie zwischen die Knie.

„Nimm dich in acht — ich schlag' zu!“ warnte Sija den anstürmenden Kiril. „Ich hab' keinen Anlaß, weiter, dir wehe zu tun! Du tust mir nichts an.“

Er ließ Kiril wieder fort, diesmal kräftiger als vorher, und suchte selbst an der Wand Deckung. Dort lehnte er sich mit dem Rücken an und fuhr fort zu sprechen, indem er die Augen über die Anwesenden hingleitete.

„Deine Frau hat sich mit selbst an den Hals gehängt. Ein blaues Weibsbild — aber so verworren! Keine Verbesserung gibt's in der ganzen Welt. Doch auch ihr — ihr alle soll verworren. Ich war heut im Gericht. Da hab' ich recht gelernt!“

Er hatte so viel zu sagen, daß er nicht imstande war, seine Gedanken zu ordnen, und sie wie Bruchstücke eines Füllens hinausgeschleuderte.

„Ich will auch Tatjana gar nicht beschuldigen. Die Sache machte sich so — von selbst, kann ich sagen. Bei mir ist, solange ich lebe, alles immer von selbst gekommen wie von ungefähr. Sogar einen Menschen hab' ich wie von ungefähr erwürgt. Hab's gar nicht gewollt — und hab' ihn doch erwürgt. Und dem' dir Tatjana mit demselben Geld, das ich ihm raubte, betreiben wir beide unser Ladengeschäft!“

„Er ist verrückt!“ rief Kiril in plötzlicher Freude, und indem er im Zimmer herumprang, immer von einem zum andern, rief er ängstlich und froh zugleich:

„Hören Sie? Schon Sie? Er hat den Verstand verloren! Ach, Sija! Ach, du! Ach, wie du mir leid tust, Bruder!“

Sija lachte laut auf. Es war ihm noch wohler und leichter ums Herz geworden, als er das von dem Morde gesagt hatte. Er fand da und sah die den Boden nicht unter seinen Füßen, und es war ihm, als ob er immer höher, immer höher emporgeschwebte. Breitschultrig, hämmig stand er vor all diesen Leuten, warf sich in die Brust und reichte den Kopf in die Höhe. Die schwarzen Locken umrahmten seine hohe, blasse Stirn und die Schläfen, und seine Augen schauten voll Hohn und Bosheit.

Tatjana erhob sich, schwanke zu Sijata Jegorowna hin und sagte zu ihr mit zitternder Stimme:

„Ich hab's langst kommen sehen — er machte schon lange so wilde schreckliche Augen.“

„Wenn er verrückt geworden ist — dann muß man die Polizei rufen.“ sprach Sijata in überzeugtem Tone, während sie unco ins Gesicht sah.

„Berückt! Natürlich ist er verrückt!“ schrie Kiril. „Er wird uns noch alle blutig schlagen“, flüchtere Orsow und sah sich unruhig im Zimmer um. Sie fürchteten sich, das Zimmer zu verlassen.

Orsow stand dicht neben der Tür, und war hinaus wollte mußte an ihm vorüber. Er lachte. Es war ihm angenehm zu

sehen, daß diese Leute ihn fürchteten, und als er ihre Gesichter betrachtete, bemerkte er, daß sie mit ihren Gastgebern durchaus kein Mitleid hatten und mit Vergnügen die ganze Nacht zugehört hätten, wie er sich über sein Viebchen lustig machte, wenn sie nicht zugleich Angst vor ihm gehabt hätten.

„Ich bin nicht verrückt“, sagte er und zog streng die Brauen zusammen. „Ich möchte nur, daß Ihr hier bleibt und zuhört. Ich laß euch nicht fort — und wenn ihr mir nahe kommt, schlag' ich zu — und wenn's das Leben kostet. Ich bin stark.“

Er hob seinen langen Arm mit der kräftigen Faust empor, schüttelte ihn in der Luft und ließ ihn wieder sinken.

„Sagt einmal,“ fuhr er dann fort — „was seid ihr für Menschen! Wo'u lebt ihr eigentlich? Solche Knicker Solches Gesindel!“

„Du hör mal — halt den Maul!“ schrie ihn Kiril an.

„Halt selber's Maul!“ schrie er zurück. „Ich will jetzt reden. Ich schau euch an — wie ihr freht und lauft, euch gegenseitig betrügt — und keinen Menschen liebt. Was wollt ihr eigentlich hier auf Erden? Ich hab' nach einem sauberen, anständigen Leben gestrebt — es gibt keins! Nirgend's gibt's ein solches! Bin nur selbst dabei beschmutzt und verdorben worden.“

„Ein guter Mensch kann unter euch nicht leben — er muß verkaufen. Gute Menschen martert ihr zu Tode... Und ich — ich bin köstlich, unter euch aber bin ich wie eine schwache Ratze im dunklen Keller, unter tausend Ratten...“

„Ihr — seid überall!“ Ihr riefet, ihr regiert, ihr macht die Befehle — alles beschmeißt!“

„Mach' halt' ihr aufgetreten und verlauter lassen.“

Plötzlich überkam ihn ein tiefer Gram. „Und jetzt — was werde ich jetzt weiter tun?“ fragte er. „Und er ließ den Kopf sinken und verfiel in dumpfes Brüten.“

In diesem Augenblick sprang der Telegraphist bebend an Sijaw vorbei und schlüpfte aus dem Zimmer.

„Ach — einen hab' ich entführen lassen!“ sagte Sija und hob den Kopf empor.

„Ich hol' die Polizei!“ Ichte der Telegraphist aus dem anderen Zimmer.

„Meinstwegen hol' sie! Mir ist alles gleich...“ sagte Sija.

Auch Tatjana Wlasjewa ging an ihm vorbei — wartend, wie im Schlaf, ohne ihn anzusehen.

„Die hat's bekommen!“ fuhr Sijaw fort und wies mit einem böhnischen Koppsnick nach ihr hin. „Aber sie verdien's — die Schlange.“

„Halt's Maul!“ rief Antonomow aus seiner Ecke. Dort kniete er am Boden und suchte in einem Kasten.

(Fort. folgt.)

Verfallungs-Kalender.

Der 1. Jah. Zeits. und die. Publik. mah. ein Betrag von 10 K. bezahlt wer.

KPD Bezirksleitung: Wlro u. Roffe: Wrosl, Trebnitzstr. 50. Bezirksrat: Wlro u. Roffe: Wrosl, Trebnitzstr. 50. Postfachkonto: Breslau 688 64, Wlrosl. Verfall.

Kreslau, Distrikt 1. Freitag, den 9. März, abends 7.30 Uhr, in der Minorenkirche, Distriktabend. Ergeben alle ihr Wohl.
Distrikt 6. Freitag, den 9. März, abends 7.30 Uhr, bei Wlrosl, Kopsplatz 10, Distriktabend. Thema: Arbeiterregierung und proletarischer Selbstschutz. Anwesenheit Genosse Domrowski. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.
Distrikt 7/8. Donnerstag, den 8. März, abends 7.30 Uhr, außerordentliche Distriktversammlung. Anwesenheit aller Mitglieder ist Pflicht. Lokal Distrikt 7/8, Gedwicht 18. Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr, außerordentliche Distriktversammlung. Anwesenheit aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
Distrikt 9. Sonntag, den 10. März, abends 7 Uhr, erheben alle Genossinnen und Genossen im Verfallungslosol der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaitrage 49/50, die im Konsum-Bereich "Borswerk" organisiert sind, zu einer wichtigen Versammlung.
Altweilau. Sonntag, den 11. März, nachm. 6 Uhr, Mitgliederversammlung. Jeder Genosse muß erscheinen, es gilt wichtige Beschlüsse zu treffen, die neuen Ausschuss der Partei zu wählen.
Hindenburg. Sonntag, den 11. März, nachm. 6.30 Uhr, im Casino der Donnerswarte, hülte Theaterabend der Ortsgruppe Hindenburg der KPD. Die Nachbarsgruppen werden hierzu eingeladen. Wlrosl sind bei sämtlichen Funktionären der KPD zu haben. Eintritt frei. Der Wlrosl, 2. Die Internationale. Am reichhaltigen Buffet. Bei der Kassa. Eintritt frei.
Niederhermsdorf. Sonntag, 11. März, vorm. 9 Uhr, im Gasthof zur "Borswerk", Mitgliederversammlung. Ergeben alle ihr Wohl. Wichtige Tagesordnung u. Bericht vom Bezirksrat.
Hirschberg. Sonntag, den 10. März, abends 7.30 Uhr, im "Deutscher Hof", Unterhaltungabend. Musikanten, Kuppel, Theater. Die Ortsgruppen des Kreises sind herzlich eingeladen.
Nikolaitage. Sonntag, den 10. März, abends 7.30 Uhr, in der "Deutschen Front", Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksrat. Jeder Genosse muß erscheinen.
Kreuztal. Sonntag, den 11. März, vorm. 9 Uhr, findet im "Goldenen Borch" Mitgliederversammlung, eine Kreisfeier für sämtliche Funktionäre statt. Kreisvorsitzende eine Stunde vorher.
Weißitz. Sonntag, den 11. März, abends 7 Uhr, in der "Gemeindehalle", Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und Genossin muß unbedingt erscheinen. Tagesordnung u. Bericht vom Bezirksrat. Gen. Klein. Funktionäre müssen bereits eine Stunde früher erscheinen.

KJD Bezirksleitung: Max Bläser, Breslau 1, Nikolaitr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 65 Max Bläser.

Kreuztal. Mittwoch, den 14. März, Ueber und Solofabend.
Sonntag, den 17. März, Märzfeier.
Fellhammer. Sonntag, den 11. März, Teilnahme an der Versammlung Alt-Altin, Freiburg. Montag, den 12. März, Teilnahme an der Schmidt-Preis über unter-Gelehrtenarbeit.
Mittwoch, den 14. März, Funktionärsrat des Gen. Jung.
Sonntag, den 18. März, Märzfeier.
Königszell. Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im "Freiheitsdenkmal" Gemeinabend. Gen. Kuhnke spricht über unsere gewerkschaftlichen Arbeiten.
Langenbühl. Sonntag, den 10. März, abends 8 Uhr, bei Wlrosl, Teilnahme an dieser haben alle Jugendlichen und Genossinnen unbedingt zu erscheinen.
Lieskau. Abteilung Gewerkschaft. Sonntag, den 11. März, vorm. 10 Uhr, findet in der "Stadt Berlin" eine Sitzung statt. Anwesend müssen alle Betriebsleiter der K. J. aus den Betrieben sein. Bericht geben. Papier und Bleistift mitbringen.
Waldenburg. Sonntag, den 11. März, Vortrag über: "Kampf gegen Militarismus und Faschismus". Alle Partei- und Jugendgruppen (innen) sind eingeladen. Eintritt. Sonntagskinder frei.

KKG Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung Werner Fischer, Breslau, Trebnitzstr. 50.

Lieskau. Es fehlen immer noch eine ganze Anzahl Kinder, wo die Eltern Partei-genossen sind. Tut also eure proletarische Pflicht. Sendet eure Kinder in die Kindergruppe. Parteilosheit, seit mit mir, wer von euren Kindern nicht aus der Schule kommt.

Gewerkschaften

Breslau. Achtung Eisenbahner. Freitag, 9. März, abds. 7 Uhr, findet eine Fraktionssitzung im Parteibüro, Nikolaitrage 49/50, statt. Sonntagskinder sind herzlich willkommen. Bitte eines jeden Eisenbahners ist es, zu erscheinen.

Andere Organisationen

Breslau. Internationaler Bund der Kriegsopter. Sonntag, den 10. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in den Räumen der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaitrage 49/50.

Schauspielhaus. 16 Operntheater. Telefon 5 245. Vorstellungen täglich 7 1/2 Uhr.
Madame Pompadour. Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr.
Drei alte Schachteln.
Gäde auch zerrißene **Badleinenwand** und **Sacktücher** tauschen zu höchsten Preisen.
Altmetalle. Alteisen, **Manufakturpapier** und **Schneiderabfälle** tauschen zu höchsten Preisen.
Friedrich & Co., Lessingstr. 5, Hinterhaus. Tel. Ring 9017. **Filiale: Lewaldstraße 28.**

Zeugen gesucht!
Die vielen Herren und Damen, welche dem tödlichen Unfall beigewohnt haben, wie mein Sohn, der Eisenbahnschmied Herbert Spreer, auf der Oswitzer Dorfstraße am 27. Februar 1921 nachts um 1/2 12 Uhr mit dem Automobil zweimal überfahren wurde, werden doch herzlich gebeten, sich bei der Mutter, Frau Spreer, Ottostraße 2 III, zu melden. Unkosten werden gern vergütet.

Hast Du schon das Kommunistische Einmaleins?

Eine ganze Bibliothek für nur 2000 Mark erhalten Sie durch das **Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923**
Es enthält alles, was man im täglichen Leben noch wissen muß. 1.3 wichtige Reichsgerichte, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftslehre, Parteilehre, die gesamte Sozialgesetzgebung, Gewerkschaftslehre, Arbeiterrecht, Arbeitsvermittlung, Reichsministerien, Lohnfragen, Bildungsfragen, Schulfragen, Staatslehre, Jugendfragen, Reichsministerien (Preis: 2000 Mark).
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schluß eigener Interessen. Preis 1/2 Mark. **Arbeitnehmer-Jahrbuch!**
In Taschen-Format gebunden. **Preis 2000.- Mark.**
Zu beziehen durch **Produktiv-Genossenschaft f. d. Prob. Schließen e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.**

Wenn Du die Zeitung gelesen hast, gib sie weiter!

vom städtischen Wohlfahrtsamt - Rathaus, Zimmer 28 - geführten Bedürfnisliste, und Minderbemittelten-Liste eingetragen sind, mit Ausnahme derjenigen, bei denen sich Untermieter oder Kinder mit selbständigem Einkommen im Haushalt befinden. Soweit auf Grund der früher gestellten Anträge eine Befreiung oder Ermäßigung für das Steuerjahr 1922 bereits eingetreten ist, findet die Befreiung bzw. Ermäßigung auch auf die Nachtragsumlage Anwendung. Den in der Bedürfnisliste und Minderbemittelten-Liste eingetragenen Einwohnern wird, sofern sich keine Untermieter oder Kinder mit selbständigem Einkommen im Haushalt befinden, die Nachtragsumlage ohne besonderen Antrag erlassen. Sofern Untermieter oder Kinder mit selbständigem Einkommen im Haushalt aufgenommen sind, wird in besonderen Fällen auf Antrag eine Ermäßigung gewährt. Die Hausbesitzer oder deren Vertreter haben, soweit die Grundsteuer in Frage kommt, die auf die befristeten Mieter entfallenden Beiträge bei unserer Steuerverwaltung schriftlich nachzuweisen, worauf Rücksichtnahme erfolgt. Die vorläufige Zahlungspflicht für den Hausmiet bleibt jedoch bestehen. Die Nachtragsumlage bei der Gewerbesteuer wird auf Antrag erlassen oder ermäßigt, wenn sich der Steuerpflichtige in einer schlechten wirtschaftlichen Lage befindet. Die Entscheidung über derartige Anträge trifft der städtische Gewerbesteuer-Ausschuss. Alle Anträge sind an die Steuerverwaltung - Rieffischer Hof - zu richten. Willkürliche Anträge werden dafelbst im Zimmer 20 entgegengenommen.

Leban u. Schl. Christliche Nächstenliebe. In der Druckerlei des Liebauer Wochenblattes, dessen Besitzer ein sogenannter guter Christ namens J. Heilig ist, sind 7 Arbeitskräfte beschäftigt, u. a. auch der seit seinem 14. Lebensjahre, jetzt schon 31 Jahre bei ihm beschäftigte Arbeiter Franz Malakel, der bei einer Arbeitszeit von 85-90 Stunden pro Woche (wo bleibt der Achtstundentag?) den hohen Lohn von 6000 Mark die Woche erhält. (Das sind umgerechnet in Lebensmittel 1 Brot, 1 Pfund Margarine und ein gar schlechtes Mittagbrot.) Wo bleibt nun alles das, was ein Mensch als notwendigstes zur Aufrechterhaltung seiner körperlichen Kräfte braucht, wenn er am Tag 8 Stunden, in diesem Fall sogar 14-15 Stunden arbeiten soll? Als besonderer Lohnrücker tritt in diesem Betrieb der 17-jährige Maschinenführer Hermann Bilsch auf, der sich mit einem Lohn von 1000 Mark und schreibt 1200 Mark pro Woche zufrieden gibt. (Scheinbar ist dieser junge Arbeiter ein Opfer seiner Unaufmerksamkeit.) Die Lieberstunden-Schinderlei bei Herrn Heilig zeigt, daß bei ihm genügend Arbeit vorhanden ist. Natürlich hat der fromme Mann auch "genügend" Profite. Wir würden ihn deshalb raten, noch einige Kräfte einzustellen. Arbeitslose sind im graphischen Gewerbe genug vorhanden. Doch was soll ein solcher Rat helfen? Der fromme Christ zeigt ja in zwei Beziehungen, daß er ein Ausbeuter überflüssiger Sorte ist. Wir müssen deshalb schon den Arbeitern bei Herrn Heilig sagen: Erkennt, wach gewissenloser Schinder dieser Christ ist, erkenne, wie er mit euch Schindluder treibt. Wollt ihr's noch lange dulden? In euch liegt es, diesem faulernen Patron das Handwerk zu legen und euch eine Lebensversicherung zu schaffen.

Steinheffen i. Algeb. Eine Volksversammlung der KPD fand hier vor einigen Tagen statt. Der Referent, Herr Klein, rühmte mit magerem Erfolg die Tätigkeit der SPD-Minister, die sowohl für die Arbeiter getan hätten. Namentlich Radbruch strich er heraus, der die Schandjustiz beseitigt hätte. Unter ihm hätte Buchwis alle politisch gefangenen Arbeiter aus den schließlichen Gefängnissen befreit. Wie sieht's aber an Wirklichkeit aus? In Hirschberg wurde der Fabrikarbeiter Adolt und seine Frau aus Anlaß des Rathenauer-Mordes auf Beschuldigung durch einen Fabrikdirektor und Schuldig zu einem Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Kein SPD-Minister half ihm. Der Arbeiter wachte daraus die rechte Anwendung zu ziehen und trat samt seiner Frau zur KPD über. Diesen Weg werden noch viele zur Einsicht kommende SPD-Arbeiter gehen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: J. S. Johannes Barth. Inverant: Max Fischer. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Sitzlich in Breslau, Trebnitzstr. 50.

Genossen werbt neue Abonnenten

Rohstoffe zu Schokoladen
sind insolge Markterwerdung, Zinanzwollen, Nachrichten und Kreditzinsen schon lange etwa **8000 x teurer als vor dem Kriege** bei gleichen Auslandspreisen für Rohkakao. Dagegen kosten dank vorzüglicher Einkäufe und Vergütungen erreichbarer Partien die **Reichardt-Schokoladen** wirklich ohne Berücksichtigung der im voraus nicht zu berechnenden, weil meist rückwirkend geltenden Ausgaben **nur etwa die Hälfte.**
Werden erzwungen nun die sich wesentlich preiswertiger erwerbenden Rohstoffe zu den höchsten, Gehältern und Zinsen unanschickbare Preissteigerungen. Man müßte sich also von dieser Erhöhung eine eigene Ration zu jedem Preise, denn Schokoladen, die sich lange aufbewahren lassen und mit der Dauer der Ablagerung an Geschmackseinheit zunehmen, jedoch es nicht schicklicher gibt als einen jährlichen Bräun, bedürfen einer langwierigen Verarbeitung und **müssen daher bald viel teurer werden.**

selbst gegen den Wucher kein anderes Mittel als die Einfuhr ausländischer Lebensmittel. (Was werden die erst bei der heutigen Valuta kosten?) Herr Darf wünscht besonders, daß die Wochlein wieder einmal mit Getreidefleisch gefüttert werden (wenn sie es bezahlen können!), während er das Fleisch der deutschen Schweine gerne den Schiebern und Wuchrern überlassen will. Als weiteres Mittel zur Bekämpfung des Wuchers schlägt Darf die Finanzierung der städtischen Preis-Prüfungsausschüsse vor. Wie wirksam die den Wucher bekämpfen, ist ja hinlänglich aus der Tätigkeit der städtischen Preis-Prüfungsstelle bekannt. Sonst wählte Herr Darf kein Mittel. Der Stadtverordnete Bolle (Soz.) stellte den Suljanantrag, den Bäckermeistern, welche keine Gefellen beschäftigen, den bei der Brotfabrikation eingerechneten Gefellenlohn zu entziehen.

Verbilligung des Brotpreises

Im Anschluß an die sozialdemokratische Anfrage wurde ein Antrag der Frau Stadtr. Ollendorff (Soz.) betr. **Verbilligung des Brotpreises** behandelt. Zuerst antwortete für den Magistrat Stadtrat Brecher. Er theoretisierte darüber, was Wucher ist und stellte fest, daß die Stadt praktisch gegen den Wucher machtlos ist. Quellen des Wuchers sind die Landwirtschaft und besonders die großen Syndikate. Stadtrat Juchas bezeichnete den Antrag der Frau Ollendorff als undurchführbar. Die letzte Brotpreiserhöhung sei nicht erfolgt wegen Erhöhung der Umlagegetreidepreise, sondern wegen Erhöhung anderer Kosten wie Mahlmehle, Wchfr. Lagerkosten, Juchung usw. Den Reigen der Debatte eröffnete Ollendorff, der den typischen Kleinbürger marktschreiend folgende Worte gegen den Magistrat würgte: "Ich fordere, einen scharfen Protest bei der ungerechten Erhöhung. Gruschwitz, der anscheinend Luft verhaßt, wieder eine Rolle in der Debatte zu spielen, entwickelte dabei dieselben kleinbürgerlichen Halbheiten wie seine unbedenklichen Kollegen. Herschel vom Zentrum näherte sich den Sozialdemokraten, doch die nationale Einheitsfront zu erhalten. Schulz von den Deutschnationalen verteidigte die "harmlosen" und "hilfsbereiten" Agrarier. Sein Parteifreund Thum machte zarte Andeutungen, daß Herr Darf den Wucher in der Textilindustrie wohl deswegen verzeihen habe, weil so viele Textilfabriken in der "Volksmacht" leben. (Herr Thum muß ja die Knäuflichkeit der SPD kennen!) Das treuteutsche Fräulein Schmidt plauderte aus der Schule. Sie meinte, die Landwirte nehmen heute deshalb nicht mehr, soviel Stadtkinder auf, weil viele Kinder "so unartig" wären, daß sie nicht arbeiten wollten. Wir glauben das dem Fräulein Schmidt und ebenso den Landwirten recht gern. Fräulein Franz (Soz.) machte Versuche, auch etwas zum Thema zu sagen und wußte schließlich kein anderes Mittel, als daß neben dem Getreidefleisch auch noch kondensierte Milch aus dem Ausland eingeführt werden soll. (Warum nicht? Eine dänische Krone kostet ja nur 130 Mark!) Der Demokrat und Großkaufmann Schönlender brandmarkte in scharfen Worten das verbrecherische Treiben der Börsenspekulanten, welche Hauptschuld am Elend haben. Mächtig tobte er gegen die Schindlacker, ohne zu ahnen, daß es ein Kampf gegen Windmühlenspiegel war. Nach langem Reden schloß man endlich die Debatte, ohne auch nur das geringste Ergebnis.

Die Sozialdemokraten haben wieder einmal einen Agitationsfeldzug hinter sich. Der schlaue Darf hat sich gewiß schon 14 Tage darauf gefreut, und nun ist das ganze Ergebnis nur, daß er und seine SPD, Halbheit und Erbarmlichkeit erneut gezeigt hat.

Eine weitere sozialdemokratische Anfrage betr. **Auszahlung von Honorar an die Lehrkräfte an Berufsschulen**

des Stadtr. Fischer wurde vom Stadtschulrat Dr. Lauterbach beantwortet. Bei der Vorlage betr. **Erhöhung der Gehälter für die städtischen Arbeiter** wurde von den Deutschnationalen versucht, die Sache durch Anstößigkeit zu verzögern. Bei dieser Gelegenheit wies Stadtr. Bolle darauf hin, daß eine neue Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise voraussichtlich am 18. März in Kraft tritt.

Der Titel „Magistrats-Schulrat“

sollte einigen Stadtschulratmitgliedern gegeben werden. Für und Wider wurde erwidert, und die Vorlage schließlich abgelehnt. Die Vorlage betr. **gleitende Gestaltung der Fahrpreise der Straßenbahn** wurde in den Anstößen 8 verteidigt. Mit dieser Vorlage ist geplant, das Stadtparlament bei der Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise auszuschalten. Wir glauben, daß es den Herrschaften nicht ist, vor aller Öffentlichkeit immer wieder ihr wahres Gesicht zu zeigen.

Es lagen noch zwei Dringlichkeitsanträge ungedruckt vor. Nach dem ersten soll ein Anstöß zur Ueberwachung des Verkehrs mit Grundstücken gebildet werden. Es wurde beschlossen, die Mitglieder dieses Ausschusses vom Anstöß 1 bestimmen zu lassen. Der zweite ungedruckte Dringlichkeitsantrag, der Gesellschaft für einfache Wohnungs-einrichtungen der Stadt Breslau einen Fortschub in laufender Rechnung bis zu 5 Millionen Mark zu eröffnen wurde angenommen.

Obne Debatte wurde die Annahme zweier Spenden genehmigt. Die Vorlage betr. Abschließung von Verträgen mit städtischen Angestellten wurde dem Anstöß 8 überwiesen. Am 9. März lagen noch zwei ungedruckte dringliche Anträge vor. Die Stadtverordneten waren von dem Vorbescheid jedoch so erköhrt, daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Waldenburg. Steuernehrbedarf für das Rechnungsjahr 1922. In Abänderung der unter 28. Oktober v. J. veröffentlichten Beschlüsse werden für das Rechnungsjahr 1922 nach den Verhältnissen der städtischen Körperlichkeiten vom 22. Februar v. J. zur Leistung des Steuerbedarfs folgende Steuern und Gebühren erhöht:

- a) die Gemeindegewerbesteuer,
 - b) die Gemeindegewerbesteuer,
 - c) die Müllabfuhrgebühr.
- Nach der beschlossenen Erhöhung gelangen zur Erhebung: Gemeindegewerbesteuer: 6400%, (anstatt 3200%), der städtischen unzulässigen Grund- und Gebäudesteuer, d. i. 64 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und des doppelten der unbebauten Grundstücke (Grundsteuer-Verordnung vom 2. November 1905); Gemeindegewerbesteuer: 10500%, (anstatt 4500%), der veranlagten Gewerbesteuer, d. i. 1250%, der nach der Gemeindegewerbesteuerordnung vom 20. Mai 1920 erdrosselten Steuerjahre; Müllabfuhrgebühr: 300%, (anstatt 150%) des Elementarwertes. Die Zahlung des Mehrbetrages hat bis 15. d. Mis. an die auf den Steuerbescheid angegebene Zahlstelle zu erfolgen. Eine besondere Beachtung erfolgt nicht. Beträge, welche in der gemeinlichen Zeit nicht gezahlt sind, unterliegen der Verhaftung u. Verhaftungszwangsvorkehrungen. Zur Auffklärung der Steuerpflichtigen wird bemerkt, daß zur Begleichung des beschlossenen neuen Steuerbedarfs die in der Steuerliste angegebenen Steuerjahresbeträge der gesamten Steuern und Gebühren, unterliegt, daß die am 15. Februar und früher fällig gewordenen Beträge zeitlos beglichen sind, in absehbarer Höhe gezahlt werden müssen.
- Nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften vom gleichen Tage sind von dieser Nachtragsumlage hinsichtlich der Grundsteuer und Müllabfuhrgebühr diejenigen Gemeindegewerbesteuer, die in der